



Rheinland-Pfalz

**Kommunaler Arbeitgeberverband
Rheinland-Pfalz e.V. - KAV -**



Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland



Mitteilung für die Presse

Mainz, 24. September 2008

Angekündigtes Hilfsprogramm für die Krankenhäuser völlig unzureichend

Rund 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer allein aus Rheinland-Pfalz demonstrieren in Berlin

Der Aufruf des bisher einmaligen Aktionsbündnisses zur „Rettung der Krankenhäuser – Der Deckel muss weg!“ zur Beteiligung an der bundesweiten Großdemonstration in Berlin am 25. September 2008 ist auf große Resonanz in den 100 rheinland-pfälzischen Krankenhäusern gestoßen. Rund 3.000 Beschäftigte aus den Kliniken in Rheinland-Pfalz reisen mit Sonderzügen, Sonderbussen oder in Eigenregie zur Großdemonstration vor dem Brandenburger Tor.

Insgesamt über 70.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet werden zu der zentralen Veranstaltung des bundesweiten Aktionsbündnisses „Rettung der Krankenhäuser“ erwartet.

Die im Aktionsbündnis Rheinland-Pfalz vertretenen Institutionen und Verbände unterstützen die gemeinsamen Forderungen aller übrigen Aktionsbündnisse in den Ländern und auf Bundesebene:

- **Aufhebung der Budgetdeckelung,**
- **sofortige Abschaffung des Sanierungsbeitrags,**
- **Volle Refinanzierung der Tarifierhöhungen für 2008 und 2009,**
- **Schaffung eines Ausgleichs für steigende Energie- und Sachkosten,**
- **Beseitigung des Investitionsstaus.**

Trotz des von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt angekündigten finanziellen Hilfsprogramms halten die Vertreter des Aktionsbündnisses sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Großdemonstration in Berlin an ihrer Forderung an die Politik fest, die systematische finanziellen Unterdeckung der Krankenhäuser als Folge der Deckelung der Krankenhausbudgets nachhaltig zu beseitigen. Den Kliniken muss die Chance gegeben werden, ihre Kostenbelastungen über den Anstieg der Vergütungen zu finanzieren. Die Krankenhäuser bleiben daher bei ihrer Forderung, dass der Grundlohnraten-Deckel weg muss, um die wirtschaftliche Existenz der Krankenhäuser zu sichern.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Krankenhäusern wollen die massiven Probleme der Krankenhäuser und ihrer Mitarbeiter/-innen aufgrund der finanziellen Unterdeckung aus den Regionen in die Bundeshauptstadt transportieren und mit dazu beitragen, einen Veränderungsdruck in der Bundespolitik zu erzeugen. In den Krankenhäusern werden die größer werdenden Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer stärker deutlich.

Die jährlich rund 850.000 Patienten in Rheinland-Pfalz müssen in den Krankenhäusern in immer kürzerer Zeit von immer weniger Personal in versorgt werden. Die pflegerische und ärztliche Zuwendung fällt aufgrund der massiv angestiegenen Arbeitsverdichtung und -intensivierung immer knapper aus. Ein kranker und vielfach hilfsbedürftiger Patient im Krankenhaus muss aber auch weiterhin darauf vertrauen können, auch ärztlich und pflegerisch so versorgt zu werden, wie es für seine Genesung dringend notwendig ist.

Um die Situation der Beschäftigten insbesondere der Ärzte und des Pflegepersonals in den Krankenhäusern sowie auch die Auswirkungen auf die Patienten als Folge der Unterfinanzierung in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik zu verdeutlichen, haben zahlreiche Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz bereits regionale und örtliche Aktionen durchgeführt. Mit ihren Aktionen unterstützten die Krankenhäuser damit ein zentrales Ziel des Aktionsbündnisses, mit kurzfristigen dezentralen Aktionen den Forderungen der Krankenhäuser nach einem Stopp der Kürzungen und dem Wegfall der Budgetierung sowie dem finanziellen Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten Nachdruck zu verleihen.

Dem **Aktionsbündnis** im Land Rheinland-Pfalz gehören an:

- die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP)
- der Kommunale Arbeitgeberverband Rheinland Rheinland-Pfalz e.V. (KAV)
- der ver.di Landesbezirk Rheinland- Pfalz
- der dbb beamtenbund und tarifunion
- der Verband der Krankenhausdirektoren e.V. , Landesgruppe Rheinland-Pfalz und Saarland (VKD)
- Marburger Bund Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz

Für Rückfragen steht Ihnen die Geschäftsstelle der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V., Tel.: 06131/28695-0, E-mail: mail@kgrp.de, Homepage: www.kgrp.de, zur Verfügung.

Ansprechpartner: Andreas Wermter, Referent,

Tel.: 06131/28695-35 oder 0173/9532401; E-mail: a.wermter@kgrp.de